

Das Leitbild der »Nachhaltigkeit« in der Sozialverkündigung der deutschen Kirchen

Matthias Sellmann

1. Kalte Duschen, verpaßte Züge

1996 wurde Rainer Hennig, der Beauftragte für Umweltfragen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern nach den Beiträgen der Kirchen zur Bewältigung der ökologischen Krise befragt. Er antwortete mit einem vielsagenden Bild: Wir wurden kalt erwischt.¹ Man könnte auch sagen: Ein fahrender Zug überrollte die Kirchen.

Tatsächlich sind die Kirchen am Zug. Denn die prägenden und gegenwärtig meistdiskutierten ethischen Leitorientierungen in der Debatte um die Zukunft moderner Gesellschaften entstammen nicht primär kirchlichen, sondern politischen Offensiven. Dies wird am deutlichsten an der öffentlich und zunehmend auch wissenschaftlich hochakzeptierten Begriffsfigur der Nachhaltigkeit, die sich, je nach Perspektive, entweder aus der Waldwirtschaft oder aus dem Brundtlandbericht von 1987 bis zur Rioformel 1992 entwickelt hat². Hier wurde ein Zug ins Rollen gebracht, der andere ethische Instanzen – wie eben die Kirchen – buchstäblich in »Zugzwang« gebracht hat.

Erfreulicherweise kann man berichten, daß sich die Kirchen inzwischen mit anderen auf dem Weg nach vorne befinden. Das Führerhaus der Lokomotive besetzen sie nach wie vor nicht, aber sie sind auch keine passiven Mitreisenden mehr. Der folgende Beitrag referiert die hier entscheidenden Wegstationen einer »lernenden Kirche« in Deutschland, die sich seit Ende 1994 immer stärker auf die Herausforderung der »Nachhaltigkeit« eingelassen hat. Besonders zwei programmatische Papiere sind zu würdigen: das 1997 erschienene gemeinsame Wort der beiden großen Volkskirchen »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« sowie das darauf aufbauende Dokument der katholischen Kirche »Handeln für die Zukunft der Schöpfung« vom November 1998. Diese Lernbewegungen der Kirchen geben Grund zu der Hoffnung, daß die im zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Raum aufgebrochenen Agendaprozesse auch von den Kirchen her »warmen Regen« und »beschleunigte Fahrt« erlangen werden.

2. »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«

2.1 Eine ungewöhnliche Entstehungsgeschichte

Das »Wirtschafts- und Sozialwort« der Kirchen³ hat eine spannende und ungewöhnliche Entstehungsgeschichte: Von 1993 bis 1997 organisierten die beiden großen deutschen Volkskirchen einen bundesweiten »Konsultationsprozeß zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland«. Ziel dieses kirchengeschichtlich in Deutschland bisher einmaligen Projektes war die Eröffnung eines öffentlichen Dialogprozesses über die wünschenswerten soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.⁴ Der Aufruf zur Debatte erging tatsächlich an »alle«. Einzelpersonen waren genauso gemeint wie wichtige gesellschaftliche Gruppen: Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Umwelt- und Frauenbewegungen, Parteien, Medien usw. Produkt des Prozesses sollten zum einen formulierte Voten zu einem den Diskussionsaufruf begleitenden Diskussionstext der Kirchen⁵ sein; zum anderen verpflichteten sich die Kirchen, auf der Basis dieser Voten einen eigenen Text vorzulegen, der die nach ihrer Meinung wichtigsten Politikorientierungen für Gegenwart und Zukunft zusammenfaßt. Initialimpuls für diese ungewöhnliche Politikoffensive war die Wahrnehmung einer tiefreichenden Orientierungslosigkeit der Deutschen angesichts dreier umwälzender Vereinigungsprozesse: den innerdeutschen, den europäischen und den globalen.

Man übertreibt nicht, wenn man diesen Konsultationsprozeß, die über 2.500 Voten mit einem Gesamtvolumen von annähernd 25.000 Seiten und das Gemeinsame Wort der Kirchen vom 28.2.1997 als die Aktion bezeichnet, die die politische Kultur der Jahre 1995 bis 1997 am eindrucklichsten geprägt hat.⁶ Es entstanden Elemente einer Kultur des Dialoges, der Runden Tische, der Bündnisse (z.B. für Arbeit), der neu erwachten Sensibilität für Themen der Sozialkultur⁷ die maßgeblich vom Konsultationsprozeß der Kirchen stimuliert waren. Wie ernst gerade Politiker die Dialogofferte der Kirchen nahmen, zeigten nicht nur die Irritationen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1994⁸, sondern auch die vielfältige und steinbruchartige Zitation des »Sozialwortes« etwa von Joschka Fischer, Oskar Lafontaine oder Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) im Wahljahr 1998.⁹

Die öffentliche Anerkennung und Wertschätzung des Wortes war eher auf die sozialpolitischen Passagen gerichtet (Armut,

Sozialstaatsdiskussion, Arbeitslosigkeit). Darum blieb ein ganz bestimmter »programmatischer Quantensprung« weitgehend unbeachtet: Das Prinzip »Nachhaltigkeit« macht nicht nur einen Großteil seiner inhaltlichen Darlegungen aus, sondern es kann als eine den gesamten Text organisierende normative Leitfigur angesehen werden.

2.2 Das Prinzip »Nachhaltigkeit« im Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen¹⁰

Es gibt wohl kaum einen Themenbereich im gemeinsamen Wort der beiden großen christlichen Kirchen »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«, den die Eingaben des vorangehenden Konsultationsprozesses so stark verändert und aktualisiert haben wie den Bereich der ökologisch-nachhaltigen Erneuerung des Gemeinwesens. Waren diesem Anliegen in der Diskussionsgrundlage gerade einmal acht abgegrenzte Abschnitte gewidmet, so hat sich dieser Anteil mehr als verdreifacht auf 29 Kapitel. Dies ist aber nur der erste Eindruck. Auf den zweiten Blick wird erkennbar, daß die Rücksichtnahme auf die Belange der Umwelt ein bestimmendes Grundmotiv des ganzen Textes ist, das immer wieder auch in scheinbar »nicht ökologischen« Themenfeldern wie Arbeitslosigkeit oder Europäische Union auftaucht. Man kann also die »ökologischen« Passagen gar nicht mehr zählen; fast jede Problemerkörterung im Gemeinsamen Wort berücksichtigt das Anliegen des ökologischen Strukturwandels. Schon damit wird das Wort der grundlegenden Forderung des Nachhaltigkeitspostulates nach einer Integration von Ökologie, Ökonomie und Sozialem gerecht.

1. Kapitel: Der Konsultationsprozeß: Grund für diese Änderungen ist nicht nur, daß die Einsenderinnen und Einsender im Konsultationsprozeß deutlich für eine entschlossene Aufnahme der Nachhaltigkeitsperspektive plädieren.¹¹ Vielmehr wird von Anfang des Textes an deutlich, daß die Kirchen geleitet sind von der Sorge um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Dies kommt schon im Titel des »Gemeinsamen Wortes« zum Ausdruck. Gleich in der Nummer (1) des Textes wird erläutert, daß zwei Begriffe die gesamte Diskussion um die weitere Entwicklung der deutschen Gesellschaft bestimmen: »Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit«. Der Begriff »Nachhaltigkeit« wird dabei als der im engeren Sinne »ökologische« verstanden. Er besagt, daß es um der Zukunft des eigenen Landes, der Entwicklungsländer und der künftigen Generationen willen

möglich sein muß, soziale, ökonomische und ökologische Belange gleichgewichtig auszubalancieren (vgl. 11, 12, 31, 32, 36). Dieser Begriff wurde auf dem Weltklimagipfel der UNO 1992 (Rio de Janeiro) zur verbindlichen Richtschnur erklärt. Indem die Kirchen sich klar zu diesem Leitbild des Wirtschaftens und des Zusammenlebens bekennen, wird ihr Dokument anschlussfähig an diese gesellschaftliche Entwicklung.

2. Kapitel: Gesellschaft im Umbruch: Zunächst analysieren die Kirchen die »ökologische« Umbruchsituation der Gesellschaft. Sie führen aus, daß die industriellen Produktions-, Vertriebs- und Konsumweisen die natürlichen Lebensgrundlagen über das Maß hinaus belasten (78). Der Katalog der Umweltschäden wird aufgeführt: Ozonloch, Artensterben, Erosion und Versteppung, die atomare Endlagerung usw. (79). Dabei verursachen die hochindustrialisierten Staaten Westeuropas und Nordamerikas die meisten Probleme, lassen sich aber nur mühsam zu wirklich nachhaltigen Wirtschaftsweisen bewegen (79, 80). Mögliche Konflikte mit den ökonomischen Interessen der Arbeitswelt werden diskutiert: hohe Umweltauflagen könnten mögliche Investoren abschrecken; der Widerstand gegen bestimmte Technologien kostet Arbeitsplätze (63, 64). Andererseits muß man aber auch die positiven Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes bedenken: ca. eine Million Menschen arbeitet direkt in Feldern des Umweltschutzes (vgl. 174, 227). Eine Schlüsselrolle kommt dabei der heimischen Landwirtschaft zu, die unter schweren Krisensymptomen zu leiden hat (81). Global gesehen sind Umweltzerstörungen eine Hauptursache für Flucht und Migration von Millionen von Menschen (88, 90).

3. Kapitel: Perspektiven und Impulse aus dem christlichen Glauben: Im Ethikteil wird das Prinzip der Nachhaltigkeit als ethisches Leitprinzip der christlichen und kirchlichen Tradition vorgestellt und eingehend erläutert (122–125). Natürlich wird sofort darauf hingewiesen, daß der Mensch im christlichen Verständnis ein Geschöpf unter Geschöpfen ist, der diesen »Garten« zu pflegen und zu bebauen hat (93, 94, 123). Da alles Geschaffene in Gott als dem Schöpfer seine gemeinsame Heimat hat, sind alle Bereiche der Wirklichkeit miteinander vernetzt (124). Und es ist der Mensch, der in der Verantwortung dafür steht, diese grundlegende Vernetzung allen Lebens zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen – eben indem er (oder sie) »nachhaltig« denkt, handelt und gestaltet (125). Vor allem ist er nicht nur für sich und seine Generation, sondern auch für die Lebenschancen

künftiger Generationen zuständig. Auch dies ist ein Aspekt der Solidarität (122).

4. Kapitel: Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft: Die Kirchen erwarten eine breite Zustimmung für ihre Forderung, in das anerkannte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft die ökologische Dimension einzubauen. Sie sehen die Soziale Marktwirtschaft in der Bewährungsprobe, da die Verteilungsspielräume eng geworden sind. Es können nicht mehr aus dem Überfluß einfach die sich artikulierenden Interessen befriedigt werden, ohne daß es anderen wehtut. Die Versuchung ist daher groß, daß man jetzt erst recht die leisen Stimmen – wie etwa die der Sorge um die Umwelt – geflissentlich überhört. Eine Neubesinnung ist fällig. Gerade deswegen weisen die Kirchen darauf hin, daß alle Produktions- und Verteilungsvorgänge auf ökologische Grenzen stoßen können und dies ja auch zunehmend der Fall ist. Es heißt: »Mit einer ökologischen Nachbesserung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft ist es nicht getan. Notwendig ist vielmehr eine Strukturreform zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft insgesamt« (148).

5. Kapitel: Ziele und Wege: Wie eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft konkret aussieht, wird anschließend skizziert: Erschließung von neuen Beschäftigungsfeldern etwa in der Umwelttechnologie (170) oder der Landschaftspflege (174); nachhaltige Finanzpolitik (190); Erschließung nachwachsender Rohstoffe bzw. Ersetzung oder bessere Ausnutzung nicht nachwachsender Quellen (225); die schrittweise Einführung einer Stoffkreislaufwirtschaft (226); ökologische Steuerreform (227); ökologische Landwirtschaft (229) sowie Politikorientierungen für ökologische Energie-, Verkehrs- und Konsumstile (228, 230, 231). Weiter angeführt werden die fällige internationale Zusammenarbeit für ein nachhaltiges Handels- und Umweltrecht (238) und eine nachhaltige Entwicklungspolitik (239, 242).

6. Kapitel: Aufgaben der Kirchen: Die Kirchen nehmen sich auch selbst in die Pflicht und versprechen ihren Einsatz für einen einfacheren Lebensstil und ein erneuertes ökologisches Bewußtsein (232, 252). Als Bauherrinnen und Landbewirtschaftnerinnen in großem Stil (247) wollen sie künftig die Treue zu Gottes Schöpfung genauso ernst nehmen wie sie dies im Gottesdienst verkünden (248). Hier erkennen sie auch die Arbeit der anderen an und fordern die Christen dazu auf, sich im Konziliaren Prozeß (251) und in den bekannten Umweltverbänden zu engagieren (252).

2.3 Kritische Anmerkungen

Einer bekannten Formulierung zufolge steht das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen in der Gefahr, »totgelobt« zu werden. Das Dokument wurde vielfach zum Steinbruch im täglichen Schlagabtausch der Politik. Nur selten wurde die Gesamtanlage des Textes in den Blick genommen und von dort her Kritik formuliert.¹² Insgesamt wurde in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Text vernachlässigt, daß die Kirchen in ihn verschiedene Geltungsansprüche eingeflochten haben. Schon im Vorwort heißt es, daß die Kapitel 2 bis 5 einen unterschiedlichen Charakter haben und daß die im engen Sinne ethischen Kapitel 3 und 4 den höchsten Kompetenzgrad der Kirchen auf sich veranschlagen möchten. Dagegen sind die Analysen in 2 und die Empfehlungen von 5 einfach »ein Beitrag zur öffentlichen Verständigung über Probleme und mögliche Lösungswege.«¹³

Die Nachhaltigkeitsthematik wird programmatisch im Ethikkapitel abgehandelt (122–125) – und bleibt hier recht blaß. Auch wenn es einen echten Fortschritt darstellt, hier überhaupt Anschluß an den in der Einleitung angesprochenen Zug gefunden zu haben, so ist doch genauso klar, daß dies erst der Anfang sein kann. Kritische Kommentatoren stellen fest: »Eine systematische Umschreibung kommt auch in den folgenden Textnummern über einige Stichworte aus der ökologisch-ethischen Debatte noch kaum hinaus. Die biblischen Impulse können dieses systematische Defizit nicht aufwiegen.«¹⁴ Insgesamt macht die Passage einen unzusammenhängenden Eindruck: Biblische Anklänge an Mitgeschöpflichkeit und Haushalterschaft des Menschen (123) sowie an die bekannte Formel von der Bewahrung der Schöpfung (125) steht da neben der Analyse, daß die biblischen Texte gar kein ökologisches Ethos im modernen Sinn enthalten (124) und es eher um Weltgestaltung geht (125). Immerhin scheint diese eher stichpunktartige Assoziation als Defizit bewußt gewesen zu sein, wenn es in Nr. 125 heißt, daß die christliche Soziallehre »künftig mehr als bisher das Bewußtsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken ...« möge.

Eine weitere Schwäche des Dokumentes wird in der sehr zaghaften Art und Weise gesehen, wie die Kirchen mit dem Thema einer ökologischen Steuerreform umgehen. Unter der Nr. 227 findet man hier kein echtes Plädoyer für oder gegen einer derartigen Änderung des Steuersystems, sondern lediglich eine

Darstellung der einander gegenüberstehenden Argumente. »Die Kirchen stellen sich lediglich indirekt hinter eine ökologische Steuerreform und verschanzen sich dezent hinter den Forderungen anderer ...«. ¹⁵ Dies ist um so erstaunlicher, als sich die Autoren unter der Nr. 148 mit großem Nachdruck eine ökologisch-soziale Strukturreform befürworten.

Zuletzt ist auch der eigene Schatten länger als das Licht der besseren Einsicht, wenn es um das kirchliche Handeln geht. Die Ausführungen zur eigenen Verantwortung in Sachen Lebensstile und ökologischer Umgestaltung des kirchlichen Binnenraumes bleiben mehr als vage. ¹⁶

3. »Handeln für die Zukunft der Schöpfung«

Unter anderem als Reaktion auf diese kritischen Einwände wurde in der Arbeitsgemeinschaft Ökologie der Kommission VI der Bischofskonferenz beschlossen, ein eigenes Papier zur ökologischen Verantwortung der Kirche herauszugeben. Die Studie »Handeln für die Zukunft der Schöpfung« richtet sich in erster Linie an innerkirchliche Akteure und dient zu deren Meinungsbildung. ¹⁷ Das Dokument »versteht sich ausdrücklich als Vertiefung der ökologischen Aspekte des gemeinsamen Wortes »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«. Zentraler Anknüpfungspunkt ist dabei das bereits dort aufgenommene ethisch-politische Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und damit die Agenda 21, auf die sich die Völkergemeinschaft in Rio de Janeiro als »Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert« verpflichtet hat« (7). Als zentrale Ziele werden genannt: ein Brückenschlag zwischen christlicher Schöpfungstheologie, Umweltethik und dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sowie die Formulierung der Handlungskonsequenzen für kirchliche Praxisfelder (8). Insofern werden zwei der drei oben referierten Kritikpunkte am Wirtschafts- und Sozialwort abgehandelt. Der dritte, nämlich der Politikvorschlag einer ökologischen Steuerreform, fiel nicht unter die Zielabsichten der Autoren.

3.1 »Nachhaltige Entwicklung« als ethisch-politischer Leitbegriff

Unter den Ziffern 106–149 widmet sich das Dokument ausführlich den ethisch-politischen Inhalten der Nachhaltigkeitsthematik. Hier werden zwei zentrale Weiterführungen des Wirtschafts-

und Sozialwortes angeboten. Zum einen wird das Leitbild Nachhaltigkeit konsequenter und präziser definiert als im Vorgängerdokument; zum anderen wird die sozialetische Übersetzung des Nachhaltigkeitsprinzips geleistet.

Nachhaltigkeit als Politikkonzept: Zunächst (106–116) wird betont, daß das Entscheidende und Innovative am Leitbild der »Nachhaltigkeit« die integrative Perspektive ist. Diese besteht nicht einfach darin, daß man die Ziele der ökologischen Stabilität als gleichberechtigt neben die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und der ökonomischen Produktivität hervorhebt. Zwar ist schon dies ein entscheidender Fortschritt, doch er kann noch präzisiert werden: Es geht darum, die umweltrelevanten Politikziele in die Ziel-Mittelstrategien der Ökonomie und des Sozialen aufzunehmen. Künftig soll also etwa ökonomisches Wachstum nicht mehr unabhängig von der Erhaltung des ökologischen Kapitalstocks angestrebt werden können. Oder: Künftig soll etwa das Ziel entwicklungspolitischen Ausgleiches nicht mehr ohne Berücksichtigung ökologischer Faktoren verfolgt werden. Nachhaltig ist eine Entwicklung erst dann, wenn sie zugleich ökologisch tragfähig, sozial gerecht und ökonomisch effizient ist. Diese integrale Sicht auf die Einbindung der zivilisatorischen Dynamik in das sie tragende Netzwerk der Natur befreit das Thema Ökologie aus seiner Isolierung, die darin besteht, sich wie gegen Windmühlenflügel gegen die Übermacht wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu **wehren und allein um die Bewahrung der Schöpfung bemüht zu sein.**

Insgesamt wird betont, daß das Leitbild der Nachhaltigkeit keine eindeutige Zielvorgabe ist, sondern ein Suchprozeß. »Es ist primär Ausdruck eines neuen Fragehorizontes in der Suche nach zukunftsfähigen Entwicklungschancen und tragfähigen Zuordnungen der konkreten ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfordernisse (124).« Es kann also keine kurzschlüssige Ableitung dieser Suchformel auf Politikstrategien geben. Um im Bild zu bleiben: Nachhaltigkeit ist kein Fahrplan zur Lösung aller bedrängenden Gegenwartsprobleme, sondern ein Zielbahnhof. Die Wege nachhaltiger Entwicklung sind kulturell unterschiedlich, und es bedarf verlässlicher Regeln für die nötigen Kooperationen. Diese liegen letztlich in der Rechtsordnung einer strukturereformierten Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft (113).¹⁸

Die Autoren weisen darauf hin, daß gerade das christliche Schöpfungsethos hervorragende Anschlußmöglichkeiten an die-

se integrale Perspektive des Politikrahmens »Nachhaltigkeit« aufweist. Denn die ökologische Krise hat zu einer neuen Aktualität von Sinn- und Zukunftsfragen geführt. Diese Fragen haben immer eine auch religiöse Dimension. Hier geht es um die Rückbindung der Zivilisation an die Tragfähigkeit der Natur. Rückbindung heißt auf lateinisch: religio. Auch wirkt die biblische Sicht vom Menschen und seiner Mitwelt einer verengten Naturwahrnehmung entgegen, die das Naturverhältnis des Menschen auf eine rein auf Nutzung fixierte Beziehung verkürzt. Das religiöse Verhältnis zur Schöpfung öffnet vielmehr den Blick für den Eigenwert der Natur und befähigt zu verantwortlichem Handeln. Außerdem konkretisiert die an der Bibel orientierte Sozialverkündigung der Kirchen das Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzip. Insgesamt sind die großen Religionen auf langfristige und übergreifende Perspektiven ausgerichtet – ebenfalls ein wichtiger Inhalt des Nachhaltigkeitsprinzips (vgl. 108.150–163). Insofern gilt, daß sich der politische Suchprozeß zur »Nachhaltigkeit« und die christliche Botschaft gegenseitig befruchten: Politisch handelt es sich um ein »Rahmenkonzept, das den Grundoptionen christlicher Schöpfungsverantwortung eine politikfähige Basis vermittelt und sie in die Sprache der heutigen Politik und Wirtschaft übersetzt. Der Begriff der Nachhaltigkeit muß mit christlichen Inhalten gefüllt werden. Auf diese Weise wird er zu einem Interpretationskontext der christlichen Botschaft, der ihre aktuelle Bedeutung für die moderne Gesellschaft vergegenwärtigt« (108).¹⁹

Nachhaltigkeit als Vernetzung: Um den originär ethischen Gehalt des Nachhaltigkeitspostulates herauszuarbeiten, formulieren die Autoren ein neues Sozialprinzip der christlichen Soziallehre: das Vernetzungsprinzip (lat.: Retinität, von rete = das Netz). Diese Ausführungen (117–121.126–142) führen ausdrücklich weiter, was das Wirtschafts- und Sozialwort bereits mehr als Programm angekündigt hatte, nämlich eine bedeutende Erweiterung des Inhaltsbereiches kirchlicher Sozialverkündigung. Man muß hier schon von einer kleinen Revolution sprechen, da innerhalb der traditionellen katholischen Soziallehre in den letzten Jahrzehnten wenig so unangetastet geblieben war wie die Orientierung an den klassischen drei Sozialprinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität.²⁰

Mit dem Retinitätsprinzip betonen die Kirchen, daß die Verantwortung für die Erhaltung des ökologischen Kapitalstockes nicht einfach eine umgewidmete soziale Verantwortung ist. Man

kann nicht vorschnell von einer »personalen Beziehung zur Natur« oder von einer »Solidarität mit allem Lebenden« o.ä. sprechen. Denn es geht um systemische und wechselseitige Abhängigkeiten hochgradig komplexer Vorgänge, z.B. zwischen Wirtschaftssystem und Umweltverbrauch oder zwischen industriellen Konsummustern und den Entwicklungsbedingungen von Dritte-Welt-Staaten. Diesen Abhängigkeiten kommt ein eigenständiger Verantwortungsbereich zu, der sich zwar in Beziehung setzen läßt zu Personalität, Solidarität und Subsidiarität, in dieser Beziehung jedoch nicht aufgeht. Das Retinitätsprinzip besagt: »Der Mensch kann seine Existenz auf Dauer nur sichern, wenn er sich als Teil des ihn umgebenden Netzwerks der Schöpfung begreift« (117). Da sich die Entwicklungsdynamik der sozioökonomischen Prozesse von ihren eigenen ökologischen Existenzvoraussetzungen abgekoppelt haben, müssen sich die Menschen als sittliche Subjekte in ihrem Handeln von einem Prinzip leiten lassen können, welches sie auf die vielfältigen Verflechtungen und Abhängigkeiten von sozialen, ökonomischen und ökologischen Prozessen aufmerksam macht. Dies leistet das Retinitätsprinzip. Es kann verstanden werden als eine Übersetzung des ressourcenorientierten Ansatzes der Nachhaltigkeit in ein ethisches Handlungsprinzip. Für dieses Prinzip lassen sich dann Entscheidungsregeln formulieren, die eine ethisch begründbare Politik im Sinne nachhaltiger Entwicklung möglich machen.²¹

Gerade die Szenerie der Lokalen Agenda-Prozesse steht alltäglich vor dem Problem, wie Akteure, Wertmuster, Interessen und kommunale Politik miteinander zu vernetzen sind. Die Frage: »Wie kommt man nicht nur zur Partizipation, sondern zu politisch tragfähigen Konsensen innerhalb der Bürgerinnen und Bürger?« ist die zentrale Frage, an der sich das Überleben der Agenda-Prozesse entscheiden wird. Gefordert ist hier die Ausbildung von Vernetzungskompetenz, ganz im Sinne eines umfassenden Verständnisses von Nachhaltigkeit als politisches und ethisches Lernfeld.²²

3.2 Eine kirchliche Agenda für nachhaltige Entwicklung

Fast die Hälfte des Textes »Handeln für die Zukunft der Schöpfung« besteht aus praktischen Schlußfolgerungen für das kirchliche Leben. Originell ist die Idee der Verabschiedung einer eigenen kleinen »Kirchlichen Agenda«. Deren wichtigste Empfehlungen beziehen sich auf institutionelle Konsequenzen (228–241),

auf das Praxisfeld Erziehung und Bildung (242–259) und auf die Mitwirkung im politisch-gesellschaftlichen Bereich (260–273). Die wichtigsten Inhalte dieser Agenda sollen am Ende dieses Überblicks kurz stichpunktartig aufgelistet werden.²³

Handeln im kirchlich-institutionellen Bereich

- Die Kirche bemüht sich, ihre eigenen Strukturen im Sinne der Agenda 21 umweltgerecht zu gestalten.
- Im Bereich kirchlicher Bauten sind allgemeine Richtlinien für ökologische Standards zu erarbeiten.
- Für kirchliche Häuser sollen verstärkt regenerative Energien genutzt werden.
- Es besteht Bedarf an Richtlinien für die landwirtschaftliche Nutzung und Verpachtung kirchlichen Grundeigentums.
- In allen Pfarreien ist zu prüfen, ob ein Ansprechpartner und Verantwortlicher für Umweltfragen benannt werden kann.
- In der kirchlichen Aus- und Weiterbildung ist verstärkt auf die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung zu achten.

Handeln für Erziehung und Bildung

- Erziehung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gewinnt vom christlichen Schöpfungsglauben her ein eigenes Profil.
- Schwerpunkt sind dabei pädagogische Maßnahmen für ein neues Verständnis von Lebensqualität und einen Wandel der Konsummuster.
- Für Kindergärten, Schulen und Jugendarbeit in kirchlicher Trägerschaft sind je eigene Fortbildungsmaßnahmen und pädagogische Materialien anzubieten.
- In der kirchlichen Erwachsenenbildung werden ökologische Veranstaltungen besser angenommen, wenn sie auch Handlungskompetenzen vermitteln.
- Kirchliche Bildungshäuser sollten umweltfreundlich gebaut und geführt werden.

Mitwirkung im politisch-gesellschaftlichen Bereich

- Im Umweltbereich ist die Kirche auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen angewiesen.
- Auf der Ebene der Pfarrgemeinden bietet die Mitwirkung bei kommunalpolitischen Initiativen (Lokale Agenda 21) gute Chancen.
- Auf diözesaner und überdiözesaner Ebene ist die Bildung von

ökologischen Sachausschüssen verstärkt voranzutreiben.

- Auf internationaler Ebene sollten ständige Vertreterinnen und Vertreter für eine regelmäßige Teilnahme an Konferenzen benannt werden.

4. Warmer Regen, gute Fahrt

Die programmatischen Anstrengungen der Kirchen und der Vorsatz einer echten Mobilisierung ihrer Infrastruktur auf den Gleisen der Nachhaltigkeit wirken glaubwürdig. Sie machen Mut und geben Grund zu der Hoffnung, daß auch aus den kirchlich orientierten Bevölkerungsanteilen stärkere Mitwirkung an den lokalen Agendaprozessen zu erwarten ist. Ohne Frage haben die Kirchen ein nicht nur spirituelles Potential zur individuellen Motivation, sondern auch ein strukturelles Potential zu echter kommunalpolitischer Mitwirkung einzubringen. Exemplarisch für ein sowohl individuell motivierendes wie politisch anschließfähiges Engagement war der Konsultationsprozeß von 1994 bis 1996. Auch die Agenda 21 sieht ja auf der kommunalen Ebene derartige Konsultationsprozesse mit den Bürgerinnen und Bürgern vor (Kapitel 28). Ja, im Grunde sind diese partizipativen Verfahren der Bürgerbeteiligung sogar das organisatorische Herzstück des Agendaprojektes. Hier haben die Kirchen bereits Praxiserfahrungen gemacht und vorgelegt, die die Wichtigkeit auch ihres Beitrages unterstreichen. Welche weiteren Praxisfelder zu erschließen wären, hat das Dokument »Handeln für die Zukunft der Schöpfung« hinlänglich ausgedrückt.

Insofern ist zu hoffen, daß aus der »kalten Dusche für die Kirchen« ein »warmer Regen für die Agendaprozesse« wird und dem (fast) verpaßten Zug auch vom Kirchenabteil her eine »gute Fahrt« ermöglicht wird.

Anmerkungen

- 1 Rainer Hennig: Kalt erwischt. Wie die Umweltfrage Kirche und Theologie antraf, In: Politische Ökologie 48 (1996): Die grüne Versuchung. Mit Religion ins Umweltparadies?, S. 50.
- 2 Zur Begriffsgeschichte vgl. Wilfried Lochbühler: »Nachhaltige Entwicklung«: Eine Herausforderung für die christliche Sozialethik, in: Theologie der Gegenwart 41 (1998), S. 138–149, S. 139–143.
- 3 Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« (=Gemeinsame Texte 9), Hannover/Bonn 1997 ; dieses Papier wird im öffentlichen Gespräch zumeist als »Sozialwort« bezeichnet. Die Kirchen haben sich aber schon im Dokument selbst (Nr. 6) für die präzisere Bezeichnung »Wirtschafts- und Sozialwort« ausgesprochen. Damit wollen sie den Eindruck abwehren, die Kirchen

- kümmerten sich wieder einmal »nur« um das Soziale und um Verteilungsfragen und vernachlässigten die Sphäre der Produktion und der Wirtschaft.
- 4 Vorläuferprojekte gab es in den USA 1986 und in Österreich 1990; zur Zeit läuft eine ökumenische Konsultation in der Schweiz; »Wirtschafts- und Sozialworte« ohne vorhergehende Konsultation wurden in den letzten Jahren ebenfalls von den Bischofskonferenzen der Länder Ungarn und Großbritannien verabschiedet. Zum deutschen Konsultationsprozeß vgl. Matthias Sellmann: Zukunftsfähiges Deutschland im Kontext des Konsultationsprozesses »Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland«, In: Misereor (Hg.): Visionen brauchen Fahrpläne, Aachen 1997, S. 24–35.
 - 5 Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage. Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen (= Gemeinsame Texte 3), Hannover/Bonn 1994.
 - 6 Eine Analyse der im Kontext »Nachhaltigkeit« wichtigen Eingabevoten bietet Matthias Sellmann: Thematische Einführung Ökologie, in: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln (Hg.): Alle Eingaben zum Konsultationsprozeß – mit Lesehilfen – incl. CD-ROM, Bad Honnef 1996, S. 159–170. Auf der diesem Buch beiliegenden CD-ROM ist das gesamte Eingabematerial zugänglich.
 - 7 Vgl. etwa den Sozialgipfel des DGB 1996 oder den Hildesheimer Solidaritätskongreß der katholischen Kirche 1996.
 - 8 Der Entwurfstext, der zur Diskussionsgrundlage der Kirchen führte, wurde den Parteien durch Indiskretion zugespielt und entfachte je nach politischem Interesse stürmische Zustimmung wie Abgrenzung; vgl. Andreas Lienkamp: Eine »kleine Revolution«. Der Konsultationsprozeß der Kirchen als eine neue Gestalt kirchlicher Sozialverkündigung, in: ders./Marianne Heimbach-Steins: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit – Kommentar, München 1997, S. 11–29.
 - 9 Bei einer Reflexionstagung der gesellschaftspolitischen Kommission VI der DBK (1.–2.10.1998 in Bad Honnef) wurde von vortragenden Ökonomen sogar die Feststellung getroffen, die Kirchen seien mit ihren inkompetenten Äußerungen etwa zu Fragen des Sozialstaates geradezu »schuld« am Machtwechsel zu einer rot-grünen Regierungsmehrheit in der BRD. Auch wenn es schmeichelt, daß den Kirchen eine derartige Kompetenz zugesprochen wird, so dürfte diese Feststellung doch wohl sehr übertrieben sein.
 - 10 Die Nr. 2.2 orientiert sich an Matthias Sellmann: Nachhaltiges Wirtschaften – eine neue Orientierung für ein zukunftsfähiges Zusammenleben, in: Kommende Dortmund/Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln/Bergmoser & Höller-Verlag: Arbeitshilfe zum Gemeinsamen Wort der Kirchen (= Themenhefte Gemeindegarbeit 30), Aachen 1997, S. 36 f.
 - 11 Dies läßt sich neben den Eingaben selbst (vgl. Anm. 6) auch an den Protokollen der sog. Berliner Konsultation zur Beendigung der Konsultationsphase ablesen; vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): »Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft. Dokumentation der Berliner Konsultation über ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. 9.–10. Februar 1996 im Abgeordnetenhaus in Berlin (= Gemeinsame Texte 8), Hannover/Berlin 1996, S. 84 f., S. 93.
 - 12 Vgl. insgesamt zu den öffentlichen und innerkirchlichen Reaktionen Marianne Heimbach-Steins: Totgelobt – miesgemacht? Zur Rezeption des Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen, In: Stimmen der Zeit 3 (1998), S. 158–172.
 - 13 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, S. 5.
 - 14 Lienkamp/Heimbach-Steins (Anm. 8), 146 f. Auch Rolf Siedler spricht von fehlender argumentativer Kohärenz; vgl. ders.: »Den ökologischen Strukturwandel hervorbringen«, in: Karl Gabriel/Werner Krämer (Hg.): Kirchen im gesellschaftlichen Konflikt: der Konsultationsprozeß und das Sozialwort Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Münster 1997, S. 132–140.
 - 15 Siedler (Anm. 14), 139. Siedler, 136 f. weist außerdem darauf hin, daß das Dokument zwar ein »Recht auf eine intakte Umwelt« (Nr. 122) rechtfertigen, dieses Recht im Katalog der im Wort aufgelisteten Menschenrechte nicht mehr erwähnt wird.
 - 16 Insgesamt ist das Kapitel 6 des Wortes wegen seines unklaren Charakters scharf kritisiert worden; vgl. exemplarisch die genaue Studie von Friedhelm Hengsbach: Haben

- die Kirchen dazugelernt?, in: Gabriel/Krämer (Anm. 14), S. 243–274.
- 17 Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission VI der deutschen Bischofskonferenz: Handeln für die Zukunft der Schöpfung, Bonn 1998; vgl. zu diesem Text auch die begleitende Arbeitshilfe von Markus Vogt/Matthias Sellmann: Handeln für die Zukunft der Schöpfung. Ein Arbeitsheft zum Text der Arbeitsgruppe Ökologie der Deutschen Bischofskonferenz, Hamm 1999.
 - 18 Auf die sehr lesenswerten Passagen zu einer »zirkulären Ökonomie« (S. 109–111, 143–146) und den daraus folgenden »Entscheidungskriterien auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung« kann hier nur hingewiesen werden.
 - 19 Kritikerinnen und Kritiker werden hier vielleicht einwenden, daß die ökologische Krise ihre Wurzeln gerade im biblischen Herrschaftsauftrag »Seid fruchtbar, und vermehrt euch, bevölkert die Erde, unterwerft sie euch und herrscht ... (Gen 1,26–28) habe. Hierauf erwidert das Dokument (40, 41): Auch Christen gehören zu jenen, die sich an der Plünderung und Zerstörung der Natur beteiligt haben und beteiligen; der Durchbruch des technisch-industriellen Naturverhältnisses erfolgte jedoch gerade zu dem Zeitpunkt, als sich die Neuzeit von christlich-theologischen Vorgaben löste; der Schöpfungsauftrag versteht den Menschen als vor Gott verantwortliches Subjekt; als Aufforderung zur rücksichtslosen Beherrschung der Natur kann man den Schöpfungsbericht erst verstehen, wenn man den Menschen aus dieser Gottesbeziehung herauslöst.
 - 20 Siedler (Anm. 14), 138 kommentierte schon die Passage 122–125 des Wirtschafts- und Sozialwortes mit dem Satz: »Für den Kenner der kirchlichen Soziallehre ist es erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit das Leitbild der Nachhaltigkeit gleichberechtigt neben den in einer langen Tradition entwickelten Begriffen der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität gestellt ... wird.«
 - 21 An dieser Stelle kann der ganze Ansatz einer Vernetzungsethik und seine Präzisionsleistung gegenüber dem eher ressourcenorientierten Politikkonzept »Nachhaltigkeit« nicht ausgeführt werden. Nur soviel zur Einordnung: Er wurde wesentlich von dem Münchener Sozialethiker Wilhelm Korff und dessen damaligem Mitarbeiter Markus Vogt entwickelt, die ihn in den Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung einbrachten. Hier wurde er im Gutachten von 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, Stuttgart 1994 öffentlich vorgestellt – und fand eine sehr große Resonanz. Die These, daß das Retinitätsprinzip Kernstück einer integrativen Umweltethik sein müsse, spiegelt sich in zahlreichen Publikationen wider, z.B. der Umweltbildung oder der Umweltethik; vgl. exemplarisch Lochbühler (Anm. 2), 143–147. Markus Vogt ist im übrigen auch Sekretär der AG Ökologie; auf ihn gehen die wesentlichen Textvorlagen zurück.
 - 22 Zur Ausbildung von Vernetzungskompetenz gerade in Zusammenhängen der Lokalen Agenda 21 liegt ein umfassender Ansatz und sogar sofort verwendbare Materialien vor; vgl. Matthias Sellmann/Stephanie Conein (Hg.): Vernetzen lernen! Politik und Ethik als Lernfelder der Umweltbildung. Theoretische Fundierung – Medien und Materialien für 12 Kurseinheiten, Bad Honnef 1998.
 - 23 Ein Wort zum Verpflichtungscharakter dieser Schlußfolgerungen: Es handelt sich um Anregungen und Empfehlungen, nicht um kirchenrechtlich bindende Bestimmungen. Trotzdem signalisiert aber die Veröffentlichung dieser Orientierungen die Bereitschaft zu einer stärkeren Selbstverpflichtung seitens der Kirchenleitungen in den angesprochenen Praxisfeldern.